

1806 mit gelegentlichen Vergleichen zu Neuvorpommern. Paradoxerweise führte die Rückkehr Wismars unter die Herrschaft Mecklenburg-Schwerins nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, zu einer Wiederverknüpfung der Stadt mit dem Mecklenburger Hinterland, sondern ließ Unterschiede und Konfrontationslinien zwischen Wismar und Mecklenburg in den Vordergrund treten. Kathleen Jandausch analysiert die „Hoffnungen“ der mecklenburgischen Herzöge angesichts der sich immer wieder verändernden Situation Schwedisch-Pommerns in den Jahren 1807–1815. Die Aktivitäten der mecklenburgischen Diplomatie zeugen von der Offenheit der Lage zu einer Zeit, als das Alte Reich in verfassungsrechtlicher Hinsicht aufgehört hatte zu existieren. Aus beiden Beiträgen geht deutlich hervor, dass der Zusammenschluss Pommerns und Mecklenburgs aus historischer Sicht alles andere als zwangsläufig gewesen ist.

Den Hrsg. ist es gelungen, die Tragweite einer Reihe von Themen zu demonstrieren, die in der Historiografie eher am Rande behandelt werden. Erstens wird die überregionale Bedeutung der Ereignisse um 1815 in fast allen Beiträgen betont. Zweitens erweisen sich die aufgeworfenen Fragen bezüglich der Integration, der Kontinuitäten und Brüche als zentral für eine Neubewertung der politischen Entwicklungen in Europa um 1800. Schließlich beinhaltet der Band zahlreiche Erkenntnisse in Bezug auf die Situation der Reichsstände nach dem formalen Ende des Alten Reiches.

Paris – Mainz

Indravati Félicité

**Jana Osterkamp: Vielfalt ordnen.** Das föderale Europa der Habsburgermonarchie (Vormärz bis 1918). (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 141.) Göttingen. Vandenhoeck & Ruprecht 2020. 531 S., Ill. ISBN 978-3-525-37093-3. (€ 80,-)

Auch wenn Jana Osterkamp in der Einleitung zu dieser Arbeit, mit der sie 2019 an der Universität München habilitiert wurde, schreibt, dass Somalia und der Irak, also zwei *failed states*, zu den jüngeren Föderalstaaten zählen würden, bietet sie keine Analyse des Zerfalls der Habsburgermonarchie. Ganz im Gegenteil zeigt die Vf. ein faszinierendes Bild des Habsburgischen Föderalismus als Ordnungsprinzip, der in einem Neben- und Miteinander von unterschiedlichen Herrschaftssträngen einen integralen Faktor des Zusammenhalts dieses mitteleuropäischen Konglomerats von Völkern, Sprachen, Religionen und Kulturen bildete.

In zwölf Kapiteln bietet das Buch auf über 400 Seiten eine *tour de force* durch die föderalen Strukturen der habsburgischen Länder vom Vormärz bis in den Ersten Weltkrieg, wobei die Arbeit grundsätzlich chronologisch fortschreitend gegliedert ist. Allerdings behandelt der erste Abschnitt mit dem letzten Versuch des jungen Kaiser Karls I., das alte Reich zu retten, das Ende, ehe die folgenden Kapitel über die Herrschaftsvielfalt im Vormärz bis zu den Reformvorstellungen des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand den Bogen über die Zeit zwischen den beiden entscheidenden Weichenstellungen der (mittel-)europäischen Politik, dem Wiener Kongress und der Pariser Friedenskonferenz, spannen. Immer wieder zeigt die Vf. dabei, wie sowohl in Zeiten der Krise als auch in jenen der Stabilität föderative Ideen und vor allem auch föderales Regieren und Administrieren auf allen Ebenen die Herrschaftspraxis bestimmten. Dies reicht vom Verwaltungsföderalismus des Vormärz und des Neoabsolutismus, gebrochen von den Überlegungen der Achtundvierziger, die vieles zu den Nationsbildungen der folgenden Jahrzehnte beitrugen, über die unvollendeten Verfassungen der 1850er und 1860er Jahre und den Ausgleich von 1867 bis hin zu den Ansätzen zur Überwindung der Fesseln des territorialen Föderalismus in einer multiethnischen Gesellschaft durch neue Modelle personaler Autonomie in den regionalen Ausgleichen des 20. Jh.

Hierin liegt eine große Stärke des Buches: Es wird auf den verschiedenen Ebenen – von den Dörfern Galiziens und Tirols über die Rathäuser, Bezirkshauptmannschaften und Statthaltereien bis in die Ministerien und die Hochfinanz Wiens, Prags, Budapests und Triests – gezeigt, wie ein mehrstufiger Föderalismus in all seinen Wandlungen prägend

und, im Gegensatz zu vielen älteren und auch modernen Interpretationen, nicht trennend, sondern funktional war und über lange Zeit auch zukunftsfähig erschien, um die inneren Machtkämpfe zu beherrschen und zu kanalisieren sowie die äußeren Konflikte zu lösen. Gleichzeitig geht aus der Darstellung aber auch klar hervor, dass dieses Prinzip nur so lange funktionieren konnte, wie ein weitgehender Grundkonsens der herrschenden Gruppen über die Sinnhaftigkeit dieses Systems bestand und dieser Konsens nicht von neuen, um Partizipation an der Herrschaft kämpfenden Elementen grundsätzlich in Frage gestellt und letztlich als Weg abgelehnt wurde, um die erwünschte und geforderte politische, ökonomische und kulturelle Teilhabe zu erreichen. Sobald das föderale Herrschaftssystem von entscheidenden Faktoren der Gesellschaft nicht mehr als Lösungsansatz für gesellschaftliche Konflikte in Betracht gezogen wurde, verlor es immer stärker seine kohäsive Funktion. Dies zeigte sich in den Krisen der Jahrhundertwende sowohl im Verhältnis der beiden Staaten der Doppelmonarchie zueinander als auch in den inneren Auseinandersetzungen Cis- und Transleithaniens und den außenpolitischen Konflikten am Balkan.

Von besonderem Interesse ist dabei das letzte Kapitel, in dem anhand neuer Quellenfunde die Thronwechselprogramme Franz Ferdinands und seiner Berater aus dem Belvedere-Kreis beleuchtet werden. Hier zeigen sich sowohl die Möglichkeiten als auch die Beschränkungen von Reformideen, die zwar in die Zukunft dachten, aber doch weitgehend traditionellen Herrschaftsmustern verpflichtet waren. Eine Reform sollte eben, fast im Sinn der *ecclesia semper reformanda*, den Fortbestand des Existierenden sichern und nicht den Übergang zu etwas wirklich Neuem ermöglichen. Nicht die Demokratisierung und die Realisierung der gleichberechtigten Partizipation von bisher weitgehend oder vollständig von der Teilhabe ausgeschlossenen Gruppen – etwa der Industrie- und landwirtschaftlichen Arbeiterschaft und schon gar nicht der Frauen – war das Ziel, sondern die Perpetuierung des Bestehenden stand im Mittelpunkt der Überlegungen. Darüber hinausgehende Ideen wurden zwar vereinzelt ventiliert, aber im Verlauf der Diskussionen rasch verworfen. Viel erinnert hier, wie auch bei Kaiser Karls Völkermanifest, an Franz Grillparzers *Ein Bruderzwist in Habsburg*: auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben. Letztlich waren beide Versuche (die noch in der scheinbaren Normalität des Friedens ausgearbeiteten Reformprogramme des Thronfolgers und das bereits aus der Verzweiflung des Zerfalls geborene Manifest des Kaisers) nicht geeignet, um die Kernprobleme des Reichs sowohl perspektivisch als auch real zu lösen. Beide blieben weitgehend dem Denken des alten Jahrhunderts verhaftet und verweigerten sich einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Öffnung. Eine neben der Herrschaftsreform notwendige Gesellschaftsreform im Sinne einer umfassenden Demokratisierung und Föderalisierung war für die handelnden Personen nicht denk- und damit auch nicht umsetzbar.

Die äußerst lesenswerte Arbeit zeigt auf überzeugende Art, dass die Habsburgermonarchie in ihrer Komplexität keinesfalls eine Anomalie im Europa der sich entwickelnden Nationalstaaten darstellte, sondern gerade durch den föderalen Herrschaftsaufbau den Stürmen der Zeit widerstehen konnte. Sie zeigt aber auch, wie sie durch den Legitimitätsverlust nach innen zunehmend an Akzeptanz einbüßte, da sie die selbstgesetzte Utopie der Gleichwertigkeit ihrer Teile und Individuen nicht erfüllen konnte und wollte. Als die ultimative Krise des Weltkriegs das bestehende System grundsätzlich delegitimierte, sahen die Menschen in ihrer überwiegenden Mehrheit den Weg zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung nicht mehr im Rahmen des bestehenden föderalen Großreichs, sondern in der Schaffung von Nationalstaaten. Dies lag jedoch, und auch hier ist der Vf. zuzustimmen, nicht an einer grundsätzlichen Unterlegenheit des föderalen, auf Ausgleich basierenden Ansatzes an sich, sondern in der über viele Jahre sich manifestierenden mangelnden Reform- und Konsensbereitschaft der handelnden Akteure und Gruppen. Daher ist O.s abschließendem Appell, abgeleitet aus den Erfahrungen der späten Habsburgermonarchie, voll und ganz zuzustimmen, dass es im Hinblick auf die europäische Gegenwart darum geht, in ständiger Arbeit die Balance zwischen Einheit und Vielfalt zu finden und zu bewahren.